

EARTH SUMMIT JOHANNESBURG

Planeten-Poker



Wie erwartet blieb vom Geist von Rio in Jo'burg nicht allzu viel übrig. Zwar konnten schlimmste Rückschritte vermieden werden, doch von einem globalen Rettungsplan ist die Erde weiter denn je entfernt.

Das Stadtviertel Sandton in Johannesburg symbolisiert in mancher Hinsicht die Fortsetzung des Apartheid-Regimes mit zeitgemäßen Mitteln. Eine Luxus-Exklave außerhalb der verlumten Innenstadt, die sich die weiße Oberschicht kurz nach dem Ende der Apartheid als Rückzugsort gebaut hatte. Ähnliches Ambiente auf dem dort stattfindenden "World Summit for Sustainable Development": Von den spärlich besetzten Delegationen der afrikanischen Staaten abgesehen, waren auch auf der Konferenz Weiße und AsiatInnen weitgehend unter sich. Wie im Shopping-Zentrum Sandtown, wo ein beinahe obzönes Angebot von Luxusgütern von unterbezahltem schwarzem Personal der südafrikanischen Oberschicht und den Tausenden von KongresstouristInnen feilgeboten wurde.

Großer Basar

Auf der offiziellen Konferenz ging es denn auch zu wie in einem Basar, wo sich die CO₂- und EntschuldungshändlerInnen der Industrienationen mit den kaufschwachen KundInnen der Entwicklungsländer um Emissionsprozent und Schuldenrabatte stritten. Dabei wurde in Johannesburg nicht über konkrete Vertragswerke, wie weiland das Kyoto-Protokoll oder das Biodiversitätsabkommen, verhandelt, sondern über eine unverbindliche Erklärung der Staats- und Regierungschefs sowie einen Aktionsplan ("plan of implementation"). Letzterer skizziert eine Reihe von Zielvorgaben für die Entwicklungs- und Umweltpolitik des nächsten Jahrzehnts, ohne wesentliche neue Perspektiven gegenüber den vorangegangenen Konferenzen von Rio bis Monterrey.

Dieser Aktionsplan wurde auf diversen Vorbereitungskonferenzen, zuletzt in Bali, heiß diskutiert. Kein Wunder, dass die bis zuletzt umstrittenen Kapitel sich

vor allem in den Bereichen Finanzierung, Welthandel und Organisation der Globalisierung befinden. Unbedingt verhindern wollten die Industrienationen, dass die GipfelteilnehmerInnen in den von ihnen auf den Konferenzen von Doha und Monterrey abgesteckten Jagdgründen wildern und die für die Globalisierungsgewinner wichtigen Liberalisierungstrends umkehren würden.

Luxemburgs nachhaltiges Schweigen

Auf den öffentlichen Sitzungen der thematischen Workshops und der Vollversammlung der Delegationen wurde das "sustainable development" als Paradigma des Jahrhunderts unisono gefeiert. Die Delegationen versuchten, sich gegenseitig in grüner Euphorie zu übertreffen, derweil hinter verschlossenen Türen peinlichst um jedes nachhaltige Wort zu viel im ausschweifenden Text des Aktionsplans gefeilscht wurde. Dabei kam es zu kuriosen Allianzen: Die G77-Gruppe der Entwicklungsländer bildete zum Beispiel mit den USA und Japan eine Front, um den von der EU halbherzig verteidigten Schlüsselbegriff des Vorsorgeprinzips, des "precautionary principle" von Rio, endgültig zu Fall zu bringen. In der Frage der zu erreichenden Ziele für erneuerbare Energien wurde dagegen ein Vorschlag des brasilianischen Umweltministers von Entwicklungsländern und der EU anfänglich verteidigt - und letztendlich wieder fallen gelassen.

Gewusst war ja, dass das Hauptproblem der Jo'burg-Konferenz die amerikanische Regierung und ihre Öllobby sein würde. Doch der Auftritt der EU als möglicher Gegenpol konnte die Beobachter aus den NGOs nicht gerade überzeugen. Während Umweltkommissarin Wallström in der entscheidenden Phase

der Konferenz noch in Europa weilte, konnte die Generaldirektion für Außenhandel des Herrn Lamy das Zepter an sich reißen und mit Gleichgesinnten in den USA und anderen Industriestaaten die Richtung der EU-Delegation weitgehend beeinflussen. In der internen Konzertierung der EU-Delegation blieben die Belgier, Deutschen, Schweden und Briten bei wichtigen Fragen in der Minderheit.

Und die Luxemburger Gipfelstürmer Goerens und Berger? Bei früheren Konferenzen hatten die Luxemburger sich jeweils der weitgehendsten Position in Sachen Umwelt und Entwicklung angeschlossen. Die derzeitige Regierung scheint dagegen jegliche Vorreiterrolle ad acta gelegt zu haben und dem rechtsliberalen Mainstream in der EU hinterherzuschwimmen. Der grüne Europa-Abgeordnete Claude Turmes wertete dies als Ausdruck einer Trendwende in der Umwelt- und Entwicklungspolitik der meisten EU-Länder, die zwar die Rhetorik des "sustainable development" pflegen, in der Praxis jedoch eine Politik vorantreiben, die den Bedürfnissen effizienter Erdpolitik eher entgegenwirkt als bahnbrechende Vorstöße gegen Klimakatastrophe und Verelendung anzubieten.

To-do-Liste kaum angerührt

Da ein offensichtliches Scheitern der Konferenz in letzter Minute verhindert wurde, konnte der Weltgipfel in einer Stimmung von lauwarmer Erleichterung abgeschlossen werden. Was noch zu tun bleibt, um die Welt und vor allem die 80 Prozent der armen Weltbevölkerung zu retten, zeigte sich bei einer Veranstaltung, die die finnische Regierung unter dem Titel "Beyond Johannesburg" organisiert hatte. Nachdem finnische und südafrikanische PolitikerInnen in "sustainable"-Rhetorik geschwelgt hatten, setzte der malaysische Top-Ökonom Martin Khor das erlesene Plenum mit einem brillanten Vortrag über die Versäumnisse von Rio und Jo'burg derart schachtmatt, dass selbst blasierte PolitikerInnen und hartgesottene Businessmen der Analyse ihres eigenen Scheiterns nur noch applaudieren konnten.

Khor forderte, dass die von den Finnen vorgeschlagene Nachfolgekonferenz in Helsinki Ende dieses Jahres in einen neuen "Helsinki-Prozess" zur Entspannung der planetaren Ungerechtigkeiten münden sollte. Er erinnerte nicht nur an die bankrotten Schwellenländer oder die aussichtslos verschuldeten und verelendeten ärmsten Länder, sondern auch an die offenen Fragen des ungerechten Welthandels, des Patentrechts, der Agrarsubventionen, der deregulierten Finanzströme, der Arbeitsstandards, ...

Dass Martin Khor bereits vor zehn Jahren in Rio mit ähnlichen Ausführungen Vertreter der Weltbank und des IWF sprachlos gemacht hatte, stimmt angesichts der Zuspitzung der planetaren Umwelt- und Entwicklungsprobleme nicht gerade zuversichtlich.

Robert Garcia

3.9.2002, Johannesburg

Klima-Killer im Schafspelz

Für Greenpeace ist er nach wie vor der "Klima-Killer Nummer eins": Exxon Mobil, der größte Ölkonzern der Welt. Darauf machten die UmweltschützerInnen in der vergangenen Woche aufmerksam: Auf einem Greenpeace-Heißluftballon an der Esso-Tankstelle am Grenzübergang Wasserbillig hieß es in großen Lettern "Stop E\$\$O". "Hinter dem sauberen Tiger-Image versteckt Esso seine wahre Identität", sagt Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg. Der Konzern sei maßgeblich dafür verantwortlich, dass die US-Regierung das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert. Zudem leugne sie den Klimawandel und die Rolle der fossilen Brennstoffe. In einer Stellungnahme dementiert Exxon Mobil dies. Der Konzern erkenne durchaus die Risiken des Klimawandels und seine möglichen Folgen für das ökologische System, wersetze sich aber dem Kyoto-Protokoll, weil es nichts bringe und zu kostspielig sei, heißt es darin. Exxon Mobil lobt in dem Kommuniqué nicht nur angebliche eigene Anstrengungen für die Umwelt, sondern erklärt sich auch bereit, nach Möglichkeiten für erneuerbare Energien zu forschen. Hehre Worte für einen Klima-Killer, der erst kürzlich noch in einem Schreiben an George W. Bush das Fernbleiben des US-Präsidenten beim Umweltgipfel in Johannesburg begrüßte und den Klimawandel als "globales Umweltthema mit der geringsten Wichtigkeit" bezeichnete.

Kein "Untertauchen" mehr in der Kirche

Menschen, denen Kirchenasyl gewährt wird, gelten nicht mehr als untergetaucht, machen sich also nicht mehr strafbar - zumindest gilt dies für die evangelischen Kirchen des mehrheitlich katholischen Saarlands. Dies hat das Bundesland am vergangenen Wochenende mit der evangelischen Kirche vereinbart. Bisher sei das Kirchenasyl nur mit informellen Verabredungen zwischen Kirche und Staat geregelt worden, sagt der Asylbeauftragte der pfälzischen Landeskirche, Reinhard Schott. Das Saarland habe erklärt, dass Behördenvertreter kirchliche Räume, in denen Asylsuchende Schutz finden, nicht betreten. Die Kirchen werden nach Schotts Worten die Behörden bereits im Vorfeld eines Kirchenasyls unterrichten und den Betroffenen ausländerrechtliche Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Kirchen wollten keineswegs geltendes Recht untergraben, so Schott. Vielmehr ziele das Asyl auf die erneute rechtliche Prüfung eines Falls. Immerhin sei in 75 Prozent aller Fälle von Kirchenasyl den Betroffenen das Aufenthaltsrecht zuerkannt worden. In Luxemburg hat es bisher noch keine Fälle von Kirchenasyl gegeben.

Un projet des chambres professionnelles

La chambre des employés privés et la chambre du travail viennent de remettre leur avis concernant le projet de loi 4891, qui entend réformer le statut des fonctionnaires de l'Etat. Ce projet avait été concocté en secret entre le ministère compétant et le syndicat CGFP, sans que les autres syndicats, directement ou indirectement concernés, n'aient pu intervenir. Une des conséquences en est un "non" clair et net des deux chambres professionnelles sur ce projet. "Des modifications irresponsables et irrespectueuses des droits élémentaires reconnus à tout salarié", écrit la chambre des employés privés, alors que la chambre du travail constate que ce sont les collectivités publiques qui ont le plus recours (et ceci de façon abusive) à des contrats de travail à durée déterminée. Le projet de loi en discussion semble instituer au niveau des services publics les fameux CDD comme relation de travail normale, du moins en ce qui concerne les employé-e-s non-fonctionnarisé-e-s (dont la CGFP ne semble pas se préoccuper). Les deux chambres constatent qu'elles n'ont été consultées que "contre tout gré", alors que le projet de loi dépasse largement le cadre de la fonction publique et ignore complètement les acquis sociaux les plus élémentaires des salarié-e-s dans le secteur privé.

Siehe auch citizen, Seite 4